

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2


Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

An die Fräulein

für die jüdische Bevölkerung
der Alpenländer - Organ der

Nou **Z**ionistischen  rganisation.

22. Schewat 5696.

21. Folge

Ortsgruppe Linz a/D., 15. Feber 1936.

Vollständiges F i a s k o der Politik der alten Zionistischen Organisation.

Aus Palästina kommen in den letzten Wochen und Tagen böse Nachrichten. Abgesehen davon, dass sich trotz der Dementis offizieller Propagandastellen der Zionistischen Organisation die Krise unter dem Einfluss der letzten Ereignisse immer mehr verbreitert, kommen jeden Tag neue Meldungen über Erschwerungen der jüdischen Einwanderung seitens der Mandatsregierung. Ein Gesetz gegen die Juden jagt das andere. Mitte Dezember verlaubliche der Hohe Kommissar die Einführung des Parlaments, drei Wochen später verlaubliche die Palästina-Regierung die neue "Immigration Ordinance" (Einwanderungsverordnung), das sich gegen die illegale Einwanderung richtet. "ILLEGALE" sind Juden, welchen es nicht gelungen ist, eines der nur durch Geld und viel Protektion erreichbaren "Einwanderungszertifikate" zu bekommen und die unter dem Drucke grösster Not und Leiden, ohne Zertifikat nach Palästina gefahren sind um sich dort eine menschenwürdige Existenz zu gründen. Das neue Gesetz, das von Hitler-Deutschland und Sowjetrussland abgesehen in keinem anderen zivilisierten Staate möglich wäre, behandelt diese "I l l e g a l e n" wie fluchwürdige Verbrecher. Sie werden an den Grenzen aufgefangen, in den Kerker nach Akko geschleppt und zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt. Fürchterliche Begebenheiten werden von dort berichtet. So der Fall des betarischen Einwanderers Arilowsky, der ebenfalls wegen illegaler Einwanderung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde und infolge der unmenschlichen Behandlung an Typhus starb. Er und so viele vor ihm starben ganz allein, mit niemanden konnte er ein letztes Wort sprechen. Niemand protestierte, von diesen Dingen will die zufriedene und satte Führung der Z i o n. Org. nichts hören. Wozu auch protestieren, erstens ein B e t a r i und zweitens nutzlos. Das neue Schmachgesetz sieht aber nun vor, dass jeder Jude, der einem illegalen Einwanderer Obdach gewährt, mit einem Jahr Gefängnis bestraft wird. Nicht einmal seinen leiblichen Bruder darf er beherbergen, sondern ist gezwungen ihn von der Schwelle zu jagen. So werden also Juden behandelt in dem Lande, das der Völkerbund zum jüdischen Nationalheim bestimmt hat.

Nun kommt dieser Tage die neuerliche Hiobsnachricht, von der Erlassung des neuen palästinensischen Bodengesetzes, demzufolge Araber nur dann Boden an Juden verkaufen dürfen, wenn der Verkäufer ein zu seiner Existenz erforderliches Minimum an Grund und Boden behält. Dies ist gleichbedeutend mit einer völligen Sperre des jüdischen Bodenerwerbes in Palästina und der jüdischen Kolonisation als solcher.

Die neue Einwanderungs-Schedule wurde für das Halbjahr auf die Hälfte, d.h. auf 2900 Zertifikate beschränkt, die Quote zur Erreichung eines Kapitalisten-Zertifikates von Pf. 1.000 auf Pf. 2.000 erhöht, Familien- und Angehörigen-Zertifikate werden nicht mehr gegeben und so geht die Liste der grossen politischen "Erfolgsserie" des Herrn Weizmann und seiner Trabanten weiter.

Vor einem Jahr hat man die Revisionisten aus der Zionistischen Organisation ausgeschlossen, weil sie nicht gewillt waren, die defaitistische Politik der Zion. Organisation weiter mitzumachen. Noch am Kongress der "Luzerner-Transfer-Aktiengesellschaft" im September 1935 drückte Herr Prof. Weizmann seine Zufriedenheit über das Verhältnis zur Mandatarregierung aus, sein persönlich so ausgezeichnetes Verhältnis zum High Kommissar von Palästina, bei dem er so oft in eitel Liebe und Wonne zu Tee gewesen. Wer erinnert sich nicht daran, dass diese Versammlung in Luzern sogar den Mut gehabt hat, eine "Judenstaatsresolution" mit Überwiegender linker Mehrheit abzulehnen, um Gott behüte der palästinensischen Mandats-Regierung nicht "weh" zu tun.

Wir haben stets jeden Personenkult abgelehnt und tun dies auch heute. Derselbe Herr Weizmann, dem seine Beziehungen zum Mandatar immer wichtiger waren, als sein Verhältnis zum jüd. Volk, ruft heute nun zum Kampfe, schreit "Verrat" und droht mit der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes im Haag. Wer glaubt ihm noch?? Weder der Mandatar, am allerwenigsten aber das jüdische Volk, dem man durch 15 Jahre einzureden versuchte, dass die politischen Positionen und Rechte der Juden in Palästina nur von den wirtschaftlichen und kolonialisatorischen Errungenschaften abhängen und das die "konstruktive" Aufbauarbeit das Primat über die Politik habe.